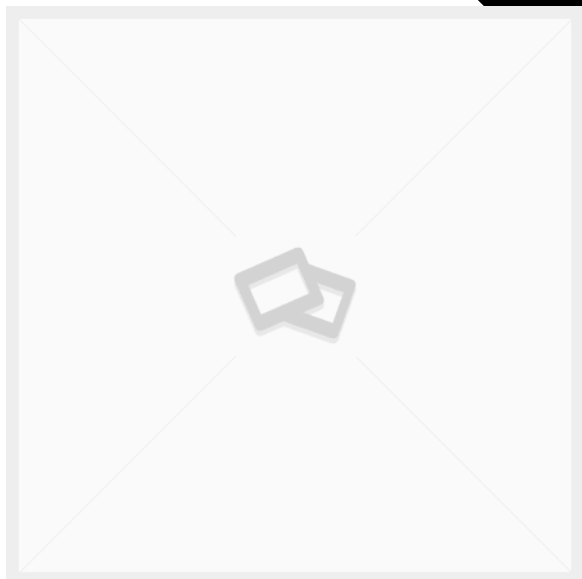


WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER GEMEINDEN UND ERWEITERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN ZULÄSSIGKEIT DER GEMEINDEN



19. April 2006

[Beschlüsse Finanzen,](#)
[Gemeinden Kommunen](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die FDP lehnt die geplante Evaluierung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden und die Erweiterung der wirtschaftlichen Zulässigkeit der Gemeinden nach §§ 116 ff Gemeindeordnung ab. Eine solche Änderung der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden führt zu einer Ausdehnung der Staatstätigkeit, zur zusätzlichen Schwächung der kommunalen Haushalte und zu zusätzlichen finanziellen Risiken der Kommunen.

Der Staat, und insbesondere die Kommunen, hat sich auf seine Kernaufgaben zu beschränken und darf nicht auf eine weitere Anhebung der Staatsquote ab.